

**Balingen/Rottweil**

## Minister verspricht neue Standortsuche

Von (gu/pn), aktualisiert am 04.11.2011 um 10:14



Im Gespräch: Mitglieder der Bürgerinitiative informieren Minister Nils Schmid (links) über ihr Anliegen. Foto: Privat

Rottweil/Balingen - Im Rahmen des Besuchs beim SPD-Ortsverein Balingen bestätigte Nils Schmid, was er vor der Wahl zugesagt hatte: Es werde eine neue, überregionale und transparente Standortsuche für das Großgefängnis geben.

Der Minister und spätere Bauherr eines möglichen neuen Gefängnisses zeigte vor zahlreichen Bürgern von beiden Seiten der Kreisgrenze ein offenes Ohr für die Belange der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil (BI). Ingeborg Gekle-Maier nahm die Gelegenheit wahr, das neue Positionspapier "Der transparente Weg zum Justizvollzug 2019" vorzustellen. Die BI fordert darin Offenheit und Transparenz in allen Entscheidungsphasen sowie Offenlegung aller Kriterien sowie Bekanntgabe derer, die an Entscheidungen beteiligt sind.

Weiter forderte die BI, vor einer Standortsuche zunächst den tatsächliche Bedarf bei stetig abnehmenden Haftplatzzahlen zu ermitteln. Dies decke sich, so Gekle-Maier, auch mit dem sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Sollte tatsächlich ein Neubau notwendig sein, dürfe man sich nicht auf den Raum Rottweil beschränken, sondern müsse weiträumig zwischen Rottenburg und Konstanz, Waldshut und Sigmaringen vorrangig nach Konversionsflächen suchen.

Die Standortkriterien sollten vor der Suche durch unabhängige Experten festgelegt werden. Ökologische Faktoren sollten, so das Positionspapier, bei einem erneuten Suchlauf mit einfließen.

### **Naturschutz sei eines der wichtigsten Schwerpunktthemen**

Im Anschluss an die Veranstaltung (wir berichteten) tauschte sich Schmid mit Mitgliedern der Bürgerinitiative aus. Der Minister sagte zu, dass die neue Landesregierung sparen und keinesfalls Steuergelder für unnötige Projekte verschwenden werde. Der Naturschutz sei eines der wichtigsten Schwerpunktthemen der neuen Landesregierung. In jedem Fall werde es eine überregionale und transparente Standortsuche geben.

Beim Besuch von Justizminister Rainer Stichelberger (SPD) im Dezember soll auch die Bürgerinitiative Gelegenheit bekommen, mit dem Justizminister ins Gespräch zu kommen. Bis dahin würden noch keine Vorentscheidungen getroffen, versicherte Schmid. Die Bürgerinitiative hoffe nun, dass den Worten Taten folgen, sagt Gekle-Maier. Bei der Berücksichtigung der ökologischen Wertigkeit, hofft die Sprecherin der BI, dürfte das "Naturparadies Bitzwald", wie das GEO-Magazin im September getitelt hatte, gewiss erhalten bleiben.

In Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten waren schon in den vergangenen Monaten immer wieder Standorte ins Gespräch gebracht worden. Immendingen war so schon früh als Alternative in der Diskussion, aber auch über die Zollernalbkaserne in Meßstetten wurde gesprochen.

Bei der Stadtverwaltung Rottweil nimmt man diese Wiederholung der Zusagen aus dem Wahlkampf zur Kenntnis. Und baut auf das angekündigte Gespräch im Dezember. "Davon erhoffen wir uns Klarheit und können dann weiter sehen", meint Tobias Hermann, Pressesprecher der Stadtverwaltung.